

sind und bleiben, daß es auch alle erreicht. Der Nachdruck bestünde vor allem darin, noch einmal dem Nächsten nachzusetzen statt den Verpflichtungscharakter einer Aussage erneut zu betonen und verbal zu verschärfen. Indes gilt dann auch, daß in dieser Sicht ein eigentliches Lehramt – sei es ordentlich, sei es außerordentlich – vielfach eingebunden ist und bleibt in eine viel breitere lebendige Bezeugung des Glaubens und in eine grundlegendere Glaubwürdigkeit dieser Botschaft und dieser Existenz.

Davon hängt dann die Akzeptanz, die Aufnahmefähigkeit und -bereitschaft ab, mit der Stellungnahmen des Lehramtes wirksam werden können. Damit ist ohnehin nur bei den Gläubigen zu rechnen, so daß es noch einmal von ihnen abhängt, wie denn solche Äußerungen noch weitere Kreise erreichen können und vielleicht zur Mitgestaltung einer öffentlichen Meinung und gesellschaftlicher Verhältnisse beitragen, wie sie die Kirche wünscht.

Karl-H. Neufeld

Auf vorsichtigem Reformkurs

Vietnam zwischen Offenheit und Beharrung

Wie China und Nordkorea hält auch Vietnam weiterhin am Leitbild der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung fest und lehnt eine Demokratisierung nach dem Vorbild der früheren Ostblockstaaten ab. Eine gewisse Liberalisierung gibt es allerdings nicht nur in der vietnamesischen Wirtschafts-, sondern auch in der Religionspolitik. Davon kann gegenwärtig gerade auch die katholische Kirche profitieren, der etwa fünf der 65 Millionen Vietnamesen angehören.

Vietnam ist seit längerem in den Hintergrund der internationalen Politik getreten, und in der Presse wird nur noch selten über das Land berichtet. Im Zusammenhang mit dem Golfkrieg fiel höchstens das Wort, daß sich am Golf kein „zweites Vietnam“ ereignen werde. Die gegenwärtige politische Situation des asiatischen Landes ist gekennzeichnet durch Verunsicherung, zaghaften Reformwillen und Angst vor unbekanntem Auswirkungen einer möglicherweise zu reformistischen Politik. Beim 8. Plenum der kommunistischen Partei Vietnams im März 1990 wurden Reformen nach dem Vorbild der osteuropäischen Staaten eindeutig zurückgewiesen. Trotz der unübersehbaren Krise der sozialistischen Länder will Vietnam an der *Verwirklichung des Sozialismus* als zentralem Ziel staatlicher Politik festhalten. Der Zusammenbruch des Kommunismus/Sozialismus in den europäischen Randstaaten der UdSSR hat tiefe Beunruhigung unter den kommunistischen Kadern ausgelöst. Es fehlt der Partei gegenwärtig an den prägenden Führungskräften. Die Feier des 100. Geburtstages von Ho Chi Minh im vergangenen Jahr hat noch einmal in Erinnerung gerufen, welche charismatische Führungspersönlichkeit die vietnamesischen Kommunisten einmal besaßen. Jetzt hofft man auf den auf Juni 1991 vorgezogenen 7. Parteitag, der Partei und Land wieder auf einen festen Kurs bringen soll. Vietnam unternimmt viele Anstrengungen, um aus der politischen Isolation herauszukommen, in die es eine verfehlte Politik manövriert hat.

Seit 1987 gibt es die Politik des „Doi moi“ (Wandel, um Neues zu schaffen), die vielfach als die vietnamesische Form der Perestrojka beschrieben wird. Die offizielle Linie der Politik zielt auf Wandel und Erneuerung. Dabei

ist deutlich ein Gefälle zwischen dem Norden mit der Hauptstadt Hanoi und dem Süden mit der „heimlichen Hauptstadt“ Ho-Chi-Minh-Stadt zu beobachten. „Doi moi“ beinhaltet das *Abrücken von einer zentralen bürokratischen Wirtschaftslenkung*, an deren Stelle eine „marktorientierte Wirtschaft“ treten soll. Die wichtigsten Elemente des neuen wirtschaftlichen Kurses sind der Einsatz von materiellen Anreizen als Motivationsmittel, die Duldung von privatem Kleinhandel, Einräumung einer größeren Autonomie in den Betrieben und Einführung des „Produktvertragssystems“ in der Landwirtschaft und Industrie. Wie weit die Zulassung des „Marktes“ gehen soll und gehen kann, darüber wird innerhalb der kommunistischen Partei gerungen. Die vielen kleinen Händler, vornehmlich im Süden, geben ihre eigene Interpretation, sind allerdings immer in der Gefahr, von verhärteten Kadern zur (sozialistischen) Ordnung gerufen zu werden. Die Subventionen für die Staatsbetriebe wurden weitgehend abgebaut. Sie müssen jetzt mit den wieder zugelassenen privaten Betrieben nach weitgehend marktgerechten Prinzipien konkurrieren.

Zunehmende wirtschaftliche Schwierigkeiten

Ein Berater von Parteichef *Nguyen Van Linh* gab den Beitrag der Privatwirtschaft am Bruttosozialprodukt Vietnams für 1989 mit 44% an (vgl. FAZ, 1.8.1990). Die Kollektivierungen in der Landwirtschaft wurden durch das sog. „Produktvertragssystem“, das Pacht und Erbpacht ermöglicht, de facto rückgängig gemacht. Daraus resultieren offenbar starke Wachstumskräfte. 1989 avancierte Vietnam zum drittgrößten Exporteur von Reis auf dem Weltmarkt. Hinter dieser Entwicklung verbergen sich einmal eine Abnahme des Reisverbrauchs in der Bevölkerung und zugleich eine große Steigerung von Anbau und Ertrag. Durch ein sehr liberales Gesetz für Auslandsinvestitionen wird versucht, Kapital aus westlichen Ländern nach Vietnam zu locken. Die Inflationsrate, die 1988 noch bei fast 800 Prozent gelegen hatte, konnte in Ver-

bindung mit einer Abwertung des vietnamesischen Dong inzwischen auf etwa 40 Prozent gedrückt werden. Besucher Vietnams in jüngster Zeit sprechen davon, daß der fast zum Erliegen gekommene schwarze Devisenmarkt verstärkt wieder in Erscheinung tritt, da die Inflation wieder zunimmt und das Vertrauen der Bevölkerung in die Finanzpolitik und die Banken erschüttert sei.

Vietnam hat seit Jahren wirtschaftliche Schwierigkeiten. Der *Weggang vieler qualifizierter Menschen*, die als „boat people“ ihr Heil außerhalb der Kommandowirtschaft der kommunistischen Kader gesucht haben, hat hohe Verluste an menschlicher Initiative und qualifizierten Fachkräften gebracht. Die Inflation ist trotz anfänglicher Erfolge in den vergangenen drei Jahren nicht zum Stillstand gekommen. Wirtschaftlich liegt die VR Vietnam mit einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von 130 US-Dollar hinter allen anderen asiatischen Staaten zurück. Fast die Hälfte des Jahresetats gehen immer noch in die militärische Rüstung (40–50%), wohingegen gerade 3% für Ausbildung eingesetzt werden. Nicht nur der wirtschaftliche Kurs, sondern die Entlassung vieler überflüssig gewordener Beamten hat die Zahl der Arbeitslosen gegenwärtig wieder auf sechs Millionen anwachsen lassen. 100 US-Dollar oder vierhunderttausend vietnamesische Dong werden als Existenzminimum für einen Monat genannt. Die Gehälter von Beamten, Professoren und Lehrern liegen aber nur bei 5–15 Dollar im Monat, so daß die meisten gezwungen sind, mehreren Beschäftigungen nachzugehen, um auf diese Weise das Überleben ihrer Familien zu sichern.

Neuorientierung in der Außenpolitik

Vietnam verfügt über große *Kohlevorräte*, die im Norden des Landes allein auf 3,2 Milliarden Tonnen geschätzt wurden. Gefördert wurden 1989 allerdings nur 8 Millionen Tonnen. Auch gibt es große Vorräte an *Erdöl*, die jedoch geologisch ungünstig lagern und bisher nicht gewinnträchtig abgebaut werden konnten. Anfang 1991 herrscht in Vietnam Energiemangel. Es gibt gegenwärtig Einschränkungen des Last- und Personenverkehrs, um Energie zu sparen. Auch die Versorgung der Bevölkerung mit Elektrizität ist wegen des Mangels an Erdöl nicht mehr voll gewährleistet. In Ho-Chi-Minh-Stadt wird der Strom während der Nacht abgeschaltet und an bestimmten Tagen stark eingeschränkt. *Korruption* ist gang und gäbe. Die Kritik an Mißständen und Fehlverhalten bestimmter Mitglieder der Partei, auch hoher Kader, finden ihren Niederschlag immer häufiger auch in der von der Partei kontrollierten Presse. Gegen einzelne Funktionäre wurden gerichtliche Schritte eingeleitet, um allzu notorische Korruptionsfälle zu bestrafen. Die moralische Integrität der vietnamesischen kommunistischen Partei, die sich in den langjährigen Kämpfen um Unabhängigkeit und Eigenständigkeit so sehr bewährt hat, ist in der Periode der Entmilitarisierung der Gesellschaft stark angeschlagen.

Durch die Ereignisse in Mittel- und Osteuropa in der jüngeren Vergangenheit hat sich die politische Konstellation für Vietnam nachhaltig verändert. Aus historischen und geographischen Gründen kommt dem *Verhältnis zur VR China* für Vietnam eine besondere Bedeutung zu. In der jüngeren Vergangenheit hat es einige hochrangige bilaterale Kontakte gegeben. Im Mai 1990 kam es zu einem ersten Treffen des chinesischen Außenministers *Qian Qichen* mit dem stellvertretenden Außenminister Vietnams, *Dinh No Liem*, in Peking. Dabei ging es um die Meinungsverschiedenheiten bezüglich Kambodschas, die seit Jahren das Verhältnis der beiden Staaten belasten. Auch wegen der vermuteten Ölvorkommenisse im Gebiet der Spratley- und Paracel-Inseln bestehen zwischen Vietnam, der VR China (und den Philippinen) seit längerem diplomatische Spannungen. Im Oktober 1990 fuhr mit Parteichef *Nguyen Van Linh* und Ministerpräsident *Do Muoi* an der Spitze eine hochkarätige vietnamesische Delegation nach Peking. Bei dem Zusammentreffen von Nguyen Van Linh mit dem chinesischen Generalsekretär *Jiang Zemin* wurde nach Aussage des vietnamesischen Außenministers *Nguyen Co Thach* die „Normalisierung der sino-vietnamesischen Beziehungen“ erreicht. Diese Reise der Vietnamesen in die VR China bedeutet aber eher ein Eingeständnis des Scheiterns der langjährigen vietnamesischen Außen- und Sicherheitspolitik. Der Versuch, gegen die VR China ein unter vietnamesischer Führung stehendes indochinesisches Staatengebilde aus Vietnam, Kambodscha und Laos aufzubauen, hat Vietnam riesige Verluste an Menschen und Investitionsmitteln beschert, ohne zum Tragen zu kommen. Der Traum von der regionalen Großmacht Vietnam, dessen Verwirklichung nach 1975 so zum Greifen nahezuliegen schien, hat sich als kostspielige Fata Morgana erwiesen.

In Peking wurde jetzt davon gesprochen, einen sozialistischen Block aus Vietnam, China und Nordkorea zu errichten, um die „Errungenschaften des Sozialismus“ zu verteidigen, womit ein wahrscheinlich äußerst fragiles neues Phantom zum Zielpunkt „internationaler sozialistischer Politik“ gemacht wird. Erste Risse dieser auf ideologischer Basis beschworenen Einheit zeigen sich beim Blick auf die divergierenden außenpolitischen Interessen der Partner. So sieht Vietnam in der 1990 erfolgten Aufnahme diplomatischer Beziehungen der VR China zu Indonesien und Singapur sowie der generellen Verbesserung der Beziehungen Chinas zu den ASEAN-Staaten die Gefahr einer wachsenden Isolierung für sich heraufziehen. Deshalb bemüht sich Vietnam seinerseits um eine Annäherung an die ASEAN-Staaten. Premierminister Do Muoi sprach bei seinem Besuch in Thailand Ende 1990 davon, daß Vietnam sehr daran interessiert sei, selber Mitglied in der ASEAN-Staatengruppe zu werden. Auch mit *Japan* hat Vietnam wieder politische Konsultationen aufgenommen, um die gegenseitige wirtschaftliche Zusammenarbeit in Erwartung der Aufhebung des amerikanischen Handelsembargos zu verstärken. Südkorea und Taiwan haben trotz ihrer traditionell betont antikommunistischen Haltung angefangen, sich auf dem sich lang-

sam öffnenden Markt Vietnam zu engagieren. Mit der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zwischen Südkorea und Vietnam wird in den nächsten beiden Jahren gerechnet.

Der ehemals so mächtige Bündnispartner UdSSR hat zu viel eigene innenpolitische Probleme zu lösen, um noch Kräfte für das Ziel frei zu haben, die USA als hegemoniale Vormacht im südostasiatischen Bereich abzulösen. Vietnam ist gegenüber der UdSSR und den anderen Staaten des COMECON *hoch verschuldet*. Die bisherige Praxis, diese Schulden durch Leiharbeiter z. B. in der ehemaligen DDR abzuleisten, ist abrupt an ein Ende gekommen. Die zahlreichen vietnamesischen Gastarbeiter in den Ländern des COMECON, vor allem in der ehemaligen DDR, sind inzwischen zurückgeschickt worden oder werden bald ihre Arbeit im Ausland verlieren und vermehren das Heer der Arbeitslosen. Negativ hinzu kommt noch, daß sie als begehrte Devisenquelle für die vietnamesische Wirtschaft ausfallen. Die bisher jährlich erfolgten Ausgleichszahlungen der UdSSR in der Größenordnung von 3 Milliarden US-Dollar sind auf ein Mindestmaß zurückgeführt worden, ohne daß Ersatz dafür gefunden werden könnte.

Seit 1975 hat es verschiedene Bemühungen gegeben, die Beziehungen zu den USA zu normalisieren. Die politische Fixierung auf die UdSSR, die Kambodscha-Frage und andere Verhaltensweisen der vietnamesischen Regierung standen einer Verbesserung der Beziehungen aber immer im Wege. Seit gut einem Jahr mehren sich aber die Anzeichen, daß es *Fortschritte in den gegenseitigen Beziehungen* gibt. Der Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha hat das Klima zwischen den USA und Vietnam verbessert, aber noch nicht zum Abbau des Handelsembargos geführt, das die USA nach der Invasion Vietnams in Kambodscha verhängt hatten. Daran hat auch das Treffen des vietnamesischen Außenministers mit seinem amerikanischen Amtskollegen *James Baker* in New York im Oktober 1990 nichts geändert. In dem Bestreben, die Vergangenheit aufzuarbeiten und aus der Einsicht, daß auch durch jahrelangen Aufenthalt in den sog. „Umerziehungslagern“ die meisten Beamten und Soldaten Südvietnams nicht zu „zuverlässigen Bürgern“ des „Neuen Vietnam“ geworden sind, hat die Regierung das „Programm der ordentlichen Ausreise“ (Orderly Departure Program) beschlossen. Verspätet soll hier den Unzufriedenen und Enttäuschten die Möglichkeit gegeben werden, Vietnam auf legale Weise zu verlassen, ohne als sog. Bootsflüchtlinge illegal und unter großen persönlichen Opfern und Gefahren außer Landes zu gehen, wie dies in den vergangenen Jahren Hunderttausende getan haben. In Zusammenarbeit mit den USA, die in Ho-Chi-Minh-Stadt eine eigene Arbeitsstelle mit 14 Mitarbeitern eröffnen konnten, werden monatlich bis zu 10 000 Fälle von Ausreisewilligen behandelt. Im vergangenen Jahr konnten 153 593 Personen auf diese Weise legal in die USA einreisen. Die Hauptarbeit leistet das Büro der „International Catholic Migration Commission“ (ICMC) in Bangkok,

wo die Organisation für diese lautlose vietnamesische Völkerwanderung beheimatet ist. Die erste Kategorie der Ausreisekandidaten fällt unter die Rubrik „Familienzusammenführung“, d. h., sie betrifft Vietnamesen, die Verwandte in den USA haben oder zur Gruppe der amerikanischen Waisen („ameraseans“ genannt) gehören, von denen bisher fast 50 000 ausreisen konnten. Ein anderer Personenkreis rekrutiert sich aus den aus den Umerziehungslagern entlassenen Personen. Die Zahl der Vietnamesen, die unter die angegebenen Kriterien fallen und auf diese Weise das Land legal verlassen wollen, beläuft sich auf mehrere Hunderttausend und ist wesentlich größer als die Zahl der ehemaligen boat people, die z. B. aus Hongkong nach Vietnam repatriert werden.

Signale für eine liberalere Religionspolitik

Die offizielle Religionspolitik wird seit 1975 bestimmt von der marxistischen Religionsphilosophie in einer eher primitiven Fassung. Die Religionen sollen dem Aufbau des Sozialismus dienen und dürfen, soweit sie etwas für die Weiterentwicklung des Landes beitragen, weiterhin tätig sein. Andererseits sind sie in einer historischen Gesetzmäßigkeit dazu verurteilt, nach der Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft abzusterben und sich so zu überleben. Durch verschiedene administrative Maßnahmen haben die kommunistische Partei und Regierung Vietnams den Einfluß der Religionen auf das gesellschaftliche Leben zurückzudrängen versucht und die Religionsausübung und das religiöse Leben immer wieder gezielt behindert. Dabei kam es immer wieder zu Verhaftungen und Einweisung in Umerziehungslager von religiösen Persönlichkeiten, die der Regierung zu unbequem wurden.

Im Rahmen der Reformpolitik gab es im vergangenen Jahr einige Signale, die auf eine Liberalisierung der restriktiven Religionspolitik hindeuten. Zu registrieren sind zunächst einige Äußerungen von hohen Parteikadern, die sich zur Rolle der Religionen im allgemeinen und des Katholizismus im besonderen äußern (vgl. *Echange France-Asie, Dossier et documents, no. 8/1989, Religion et Communisme au Vietnam Aujourd'hui*). *Tran Quoc Vuong* befaßt sich mit der Thematik „Religion und Kultur“ und vertritt die These, daß Religion immer ein organisches und strukturelles Element der Kultur eines Volkes darstelle. Dabei rückt er ausdrücklich von der marxistischen Position ab, Religion als Opium des Volkes zu sehen. Das Mitleid im Buddhismus, die Liebe im Christentum und der Humanismus des Konfuzianismus stellten kulturelle Werte dar, die für den Erhalt der vietnamesischen Gesellschaft unverzichtbar seien.

Nguyen Khac Vien, ein anderer hoher Parteifunktionär, beschäftigt sich mit dem Wandel des Katholizismus in Vietnam während und nach der Wiedervereinigung des Landes. Die Mehrzahl der vietnamesischen Katholiken akzeptiere das sozialistische Regime und arbeite positiv

mit. Ausdrücklich weist er auf den besonderen Dienst von katholischen Ordensleuten in der Pflege von psychisch Kranken hin, die zwar nicht länger eigene Anstalten besitzen dürften, als Pflegepersonal aber weiterhin vorbildlich in ihren ehemaligen Institutionen tätig seien. Für eine gezielte atheistische Propaganda bestehe gegenwärtig keine Notwendigkeit mehr, da die katholischen Bischöfe ihre Gläubigen angewiesen hätten, sich aktiv am Aufbau des Landes zu beteiligen.

Die katholische Kirche hat mehr Bewegungsspielraum

Wenn man die Situation der katholischen Kirche in Vietnam mit der in der VR China vergleicht, zeigen sich gravierende Unterschiede. Die Beziehungen der vietnamesischen Bischöfe und Priester mit dem Apostolischen Stuhl in Rom waren zwar immer wieder eingeschränkt, aber doch nie ganz unterbrochen. Auch das Recht der Bischofsernenennung wurde Rom nie streitig gemacht. Die üblichen Ad-Limina-Besuche alle fünf Jahre konnten zwar nicht in Freiheit durchgeführt werden, einzelne Bischöfe hatten aber immer wieder zu bestimmten Anlässen die Möglichkeit, nach Rom zu fahren und den Papst zu sehen. Wesentlich eingeschränkter war und ist die Freiheit der vietnamesischen Kirche in der Zusammenarbeit mit den verschiedenen Organen und Aktivitäten der Vereinigung asiatischer Bischofskonferenzen (FABC). Hier waren vietnamesische Bischöfe, Priester und Fachleute nur ganz selten vertreten. Kritisch für die *Priesterausbildung* wirkt sich immer mehr aus, daß es nicht möglich ist, geeignete Kandidaten für ein Spezialstudium in den verschiedenen theologischen Fächern ins Ausland zu schicken, damit sie die älter werdenden Theologieprofessoren in den Seminaren ersetzen können. Verhandlungen mit der Regierung über Ausreisegenehmigungen für Spezialstudien im Ausland wurden bisher dilatorisch behandelt.

Von der vorsichtigen Liberalisierung der vietnamesischen Innen- und Außenpolitik sind aber auch die Beziehungen zur katholischen Kirche betroffen. Ohne größere Änderungen der bestehenden Gesetze und Vorschriften werden viele kirchliche Aktivitäten jetzt stillschweigend geduldet. Das religiöse Leben konnte erstarken, neue Seminare wurden eingerichtet, es gibt wieder Zulassungen zur Priesterweihe, auf dem seelsorgerischen und auch direkt missionarischen Sektor werden der Kirche weniger Schwierigkeiten bereitet. Die Bischöfe dürfen sich innerhalb ihrer Diözesen jetzt wieder frei bewegen, wenn sie die örtlichen Dienststellen über ihren jeweiligen Aufenthaltsort informieren. Zuvor mußten Pastoralreisen von Bischöfen bei bis zu zehn verschiedenen Dienststellen im voraus beantragt und genehmigt werden. Verbindliche Änderungen, die Umwandlung von gesetzlichen Bestimmungen bzw. ein grundsätzlicher Wandel der Religionspolitik fanden aber nicht statt. Daher bleibt ein *großer Spielraum* für amtliche Großzügigkeit oder Kleinkariertheit je nach den Umständen vor Ort. Die katholische Kir-

che hat die damit gegebenen Chancen zu nützen versucht. Es gibt eine neue Vitalität der Kirche, die sich vielfältig zeigt und von vielen ausländischen Besuchern herausgestellt wird.

Besonders aktiv ist das kirchliche Leben in Ho-Chi-Minh-Stadt, dem alten Saigon. Wesentlich anders sind die Verhältnisse in der Hauptstadt Hanoi, aber auch sonst im Norden des Landes, wo die Zahl der Katholiken nicht so groß ist, die wenigen Priester überaltert sind (einige Diözesen im Norden haben nur eine Handvoll Priester) und ihre theologische Ausbildung sehr mangelhaft war. Viele Kirchenbauten sind baufällig und bräuchten dringend Reparaturen. Die Regierung – das Büro für religiöse Angelegenheiten – bewilligt aber jedes Jahr nur wenig Reparaturarbeiten, so daß der allgemeine Verfall weitergeht. Der Erzbischof von Hanoi, Kardinal *Joseph Marie Trin Van Canh*, starb 1989, nachdem ihm zuvor vergönnt gewesen war, gegen den Widerstand der Regierung die Kanonisation der vietnamesischen Märtyrer durchzusetzen. Die Regierung zögert die Anerkennung eines Administrators für die Erzdiözese seit Monaten hinaus, weil sie angeblich eine „Denkpause“ braucht. Der Direktor des nationalen Büros für religiöse Angelegenheiten, *Nguyen Chin*, ist trotz der vielen Schikanen, mit denen die Regierung die Geduld der Kirche und der Katholiken strapaziert, davon überzeugt, daß sich das Verhältnis zwischen Staat und katholischer Kirche in Vietnam in den letzten Monaten wesentlich gebessert habe. Seiner Meinung nach ist es zu einer „harmonischen Normalisierung der Beziehung zwischen Staat und Kirche gekommen und zu einer Integration der authentischen Katholiken, die sich auf den Weg zum Sozialismus begeben haben“ (zitiert nach A. R. M. 15. 10. 1990, 45 ff.).

Zu den Katholiken „auf dem Weg des Sozialismus“ gehören wohl in erster Linie die Mitglieder des „Nationalen Komitees der patriotischen Katholiken“, das 1980 gegründet wurde und dem Laien und Priester angehören. Von Personen innerhalb der katholischen Kirche in Vietnam und außerhalb wird im Hinblick auf dieses Komitee von einer „patriotischen Kirche“ à la China gesprochen, ein Vorwurf, den die Mitglieder dieser Gruppierung wohl mit Recht zurückweisen. Sie verstehen sich nicht als eine „Kirche in der Kirche“, sondern als ein Bindeglied (Transmissionsriemen) zwischen Regierung und Kirche. Ihre Arbeitsweise und ihre Kirchentreue ist sehr unterschiedlich. Auch die Haltung der Bischöfe ihnen gegenüber ist nicht einheitlich. Einzelne Bischöfe, wie z. B. Erzbischof Rinh von Saigon, wiesen darauf hin, daß über diese Gruppierung verschiedene Genehmigungen seitens der Behörden zu erlangen seien, die im direkten Kontakt mit den staatlichen Stellen sonst nicht zu bekommen wären. In einigen Diözesen ist die Vereinigung überhaupt nicht präsent, in anderen arbeitet sie nur eingeschränkt. Es sind Bestrebungen im Gange, den Namen der Organisation in „Komitee der Solidarität der Katholiken“ umzuändern, sich stärker von der kommunistischen Partei zu distanzieren und die eigene Unabhängigkeit deutlich zu machen.

Die Vereinigung bringt die gegenwärtig einzige katholische Zeitung, „Cong Giao va Dan Toc“ (Der Katholizismus und die Nation) heraus, die die staatliche Religionspolitik verteidigt und oft die Kirche kritisiert. Zugleich werden in dieser Wochenzeitung aber auch Erklärungen von Bischöfen und der Bischofskonferenz dokumentiert.

Der erste Besuch einer vatikanischen Delegation

Überraschend wurde im November 1990 einer Gruppe von 25 vietnamesischen Bischöfen die Erlaubnis zum „Ad-Limina-Besuch“ in Rom erteilt. Bei seiner Ansprache vor den vietnamesischen Bischöfen am 29. November 1990 drückte der Papst seine Hoffnung aus, daß die Beziehungen zwischen Staat und Kirche sich jetzt normal entwickeln werden. Die katholische Kirche sei bereit, eine aktive Rolle beim Wiederaufbau des Landes zu spielen. Dieser „Ad-Limina-Besuch“ fast der gesamten vietnamesischen Bischofskonferenz war der erste in dieser Vollständigkeit seit mehr als 10 Jahren. Ihm vorausgegangen und für sein Zustandekommen wohl entscheidend war Anfang November 1990 der Vietnambesuch einer vatikanischen Delegation unter der Leitung von Kardinal *Roger Etchegaray*, dem Präsidenten des Päpstlichen Rates für Gerechtigkeit und Frieden. Dabei handelte es sich um die erste offizielle vatikanische Delegation, die das sozialistische Vietnam besuchte. Über die Ergebnisse dieser Reise wurde offiziell wenig mitgeteilt. Kardinal Etchegaray wurde von Ministerpräsident *Do Muoi*, Außenminister *Nguyen Co Thach* und Innenminister *Mai Chin Tho* empfangen. Die vietnamesische Regierung erklärte ihre Bereitschaft, in naher Zukunft eine eigene Delegation zu Gesprächen mit dem Heiligen Stuhl nach Rom zu entsenden. Beim Besuch in Hué wurde seitens des nationalen Büros für religiöse Angelegenheiten gegenüber der vatikanischen Delegation und einer Reihe von vietnamesischen Bischöfen die „positive Rolle der Religionen für die Aufrechterhaltung des moralischen Lebens der Bürger in der Gesellschaft“ hervorgehoben. Ebenfalls wurde von Partei und Staat unterstrichen, daß „die religiösen Gemeinschaften das Recht haben, ihre Verantwortlichen (Bischöfe, Priester und Pfarrgemeinderäte) selber zu bestimmen“, unter der Voraussetzung „daß diese Personen nicht in Opposition gegen den Staat stehen“ (Eglises d'Asie, no. 104, Febr. 1991, 12).

Im Vorfeld der Reise hatte die Regierung nach anfänglichen Protesten die Ernennung von zwei Bischöfen anerkannt, die vom Vatikan ohne Abstimmung mit der Regierung für die Diözesen Lang Son-Cao Rang und Son Tay ernannt worden waren (vgl. UCA News, 10.1.91, no. 592). Der Papst betonte in seiner Ansprache vom November 1990 weiter, daß die katholische Kirche keine besonderen Privilegien für sich in Anspruch nehmen möchte. Er legte besonderes Gewicht auf die Sicherstellung der Ausbildung junger Priester in Vietnam, um die vielen überalterten Priester zu ersetzen. Der Vatikan

möchte ebenfalls bald die fünf derzeit vakanten Bischofsitze neu besetzen. Neben den vier bestehenden Priesterseminaren (Hanoi, Vinh, Ho-Chi-Minh-Stadt und Cantho) sollen zwei neue in Mittel-Vietnam (Hué und Nhatrang) eröffnet werden.

In seiner Antwort wies der Vorsitzende der vietnamesischen Bischofskonferenz, Bischof *Marie Nguyen Minh Nhat* von Xuan Loc, mit Dankbarkeit darauf hin, daß der Besuch der vatikanischen Delegation das „drückende Schweigen“ gebrochen habe und durch den Dialog die Zukunft für ein gegenseitiges Verständnis zwischen Staat und Kirche geebnet habe. Der gegenwärtige Besuch in Rom entschädige sie in gewisser Weise für die erzwungene Abwesenheit bei der Heiligsprechung der 117 vietnamesischen Märtyrer im Juni 1988 (vgl. HK, November 1988, 484 ff.). Er beklagte die Behinderungen in der Priesterausbildung. Es gebe zu wenig Seminare, nur alle drei Jahre dürfe eine eingeschränkte Zahl von Kandidaten aufgenommen werden. Nach Abschluß der theologischen Studien müßten viele von ihnen jahrelang – er nannte 15 bis 20 Jahre! – auf die staatliche Erlaubnis zur Priesterweihe warten. Gegenwärtig gebe es eine Liste mit 70 Kandidaten, die ihre theologischen Studien beendet hätten und auf eine Erlaubnis für die Priesterweihe warteten.

Die anderen Religionsgemeinschaften

Die Bevölkerung Vietnams beträgt gegenwärtig 65 Millionen und wächst jährlich um 2 Prozent. Die Zahl der Katholiken liegt bei 5 Millionen, d. h. bei etwa 8 Prozent der Gesamtbevölkerung. Zuverlässige Statistiken über die Religionszugehörigkeit werden von staatlicher Seite nicht veröffentlicht. Die Kirchen führen die üblichen Taufregister, veröffentlichen aber ebenfalls keine statistischen Angaben für das ganze Land. Hinzu kommt, daß auch gläubige Christen es aus Opportunitätsgründen vorziehen, in ihren persönlichen Papieren den Vermerk „Ohne Bekenntnis“ zu führen, auch wenn sie persönlich glauben und vorsichtig am kirchlichen Leben teilnehmen.

Die *protestantischen Christen* waren in Vietnam im Vergleich zur katholischen Kirche immer eine kleine Minderheit. Auch nach der Vereinigung des Landes 1975 ist die „Trin Lanh Kirche“, die Evangelische Kirche in Vietnam, trotz ihrer geringen Zahl nicht zu einer Einheit zusammengewachsen. Im Süden des Landes leben gut 200 000 evangelische Christen, während es im alten Norden nur 20 000 sind. Auch mit finanzieller Hilfe aus dem Ausland ist es gelungen, einige der durch den Krieg zerstörten Kirchen im Norden des Landes, wie in Hanoi, Haiphong und Namdinh, wiederherzustellen. Wichtiger noch als neue Kirchenbauten ist aber das Problem der Ausbildung von Pfarrern und kirchlichen Mitarbeitern. In Hanoi konnte ein Bibelseminar eröffnet werden. Es fehlt an Büchern und Lehrmaterial in vietnamesischer Sprache. Die Bemühungen gehen weiter, auch bald ein Theologisches Seminar eröffnen zu können. Kirchliche Delegationen aus anderen Ländern Asiens, auch der Christlichen Konferenz in Asien (CCA), konnten Vietnam besuchen. Den

vietnamesischen Protestanten ist aber die Mitarbeit in den internationalen ökumenischen Gremien weltweit und in Asien immer noch weitgehend verschlossen.

Über die Lage der anderen Religionen, der Buddhisten, der Hoa-Hao und der Cao-Dai-Sekten sind nicht viele Informationen zu bekommen. Die generellen Restriktionen der offiziellen vietnamesischen Religionspolitik haben sie oft härter getroffen als die Christen, da sie weniger gut organisiert und ihre Führungskräfte oft unzureichend ausgebildet sind. Die Aufnahme neuer Mönche in die noch bestehenden buddhistischen Klöster wird von der Regierung streng reglementiert. Wie bei der katholischen

Kirche gibt es auch für die Buddhisten eine „Buddhistische Vereinigung Vietnams“, die den Kontakt mit den Büros für religiöse Angelegenheiten zur Hauptaufgabe hat. Als von der Regierung verordnete Organisationsform hat sie bei buddhistischen Gläubigen wenig Rückhalt und Unterstützung gefunden. In den Augen der kommunistischen Partei und der Regierung stellen der Buddhismus und die synkretistischen Volksreligionen aber eine geringere Gefahr und Herausforderung für den sozialistischen Staat dar, da sie kaum über internationale Kontakte verfügen und sich auch weniger im gesellschaftlich-politischen Bereich engagieren.

Georg Evers

Kurzinformationen

Die deutschen Bischöfe äußerten sich bei ihrer Frühjahrsvollversammlung zum Golfkrieg und zur Lage in den neuen Bundesländern

Zum Abschluß ihrer Frühjahrsvollversammlung vom 18. bis 21. Februar in Bensberg veröffentlichten die deutschen Bischöfe ein Wort zum Golfkrieg. Darin wurden u. a. Bedingungen für den Aufbau eines umfassenden und dauerhaften Friedens nach dem Ende des Krieges genannt: Achtung der Menschenrechte, Beseitigung sozialer und wirtschaftlicher Ungerechtigkeiten, Förderung demokratischer Strukturen, die Anerkennung des Rechtes Israels auf Existenz in gesicherten Grenzen und die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts für die Palästinenser. Die Kirchen und Religionsgemeinschaften werden angesichts der Bedeutung religiös-politischer Faktoren im Nahostkonflikt zu verstärktem Dialog und zum Aufbau von Vertrauen und Verständigung aufgerufen. Zur *Situation in den neuen Bundesländern* stellten die Bischöfe fest, es brauche in der derzeitigen Lage noch größere Anstrengungen. Die Christen müßten noch stärker teilen; eine Neuordnung des *Finanzausgleichs innerhalb der Kirche* sei dabei unumgänglich. An die westlichen Unternehmer appellierten die Bischöfe, mit Investitionen und Firmengründungen nicht zu zögern. Westliche Fachkräfte sollten sich überlegen, ob sie nicht in den neuen Bundesländern tätig werden könnten. Die Bischöfe nahmen bei ihrer Vollversammlung einen Bericht über die Vorbereitungen zur „Woche für das Leben“ entgegen, die 1991 erstmals abgehalten wird (vom 10. bis 16. Juni). Gleichzeitig beklagten sie, die Frage des Lebensschutzes habe in der Politik offenbar an verpflichtender Bedeutung verloren. Sie betrachteten es als ihre Pflicht, „immer wieder auf die Unverfügbarkeit und das Lebensrecht auch des ungeborenen Lebens hinzuweisen und aufmerksam zu machen auf die Grundüberzeugungen, die sich aus den Fundamenten unserer Verfassung für alle ergeben“. Die Bischöfe verabschiedeten in Bensberg ein Wort zum Thema „Schwerstkranken und Sterbenden beistehen“

(vgl. ds. Heft, S. 157) und kündigten für Ende April die Veröffentlichung einer Erklärung zum hundertjährigen Jubiläum der Sozialenzyklika „*Rerum novarum*“ an.

Priesterliche Identität als Thema des diesjährigen Gründonnerstagsbriefs Johannes Pauls II. an die Priester

Der Papst ging in seinem diesjährigen Gründonnerstagsbrief an die Priester auf Verlauf und Ergebnisse der letzten Vollversammlung der Bischofssynode ein, die sich mit der Priesterbildung unter den gegenwärtigen Verhältnissen beschäftigte (vgl. HK, Dezember 1990, 574 ff.). Johannes Paul II. hob in seinem Brief als „Gnade der Synode“ eine „neue Reife in der Auffassung vom priesterlichen Dienst in der Kirche“ hervor. Sie äußere sich als vertieftes Verständnis des *eigentlichen Wesens des sakramentalen Priestertums*. Es sei notwendig, für das Verstehen der priesterlichen Wirklichkeit von Christus auszugehen; die menschliche Dimension des priesterlichen Dienstes müsse um ihrer Glaubwürdigkeit willen in Gott verwurzelt sein. Im Blick auf die priesterliche Identität zeichnet sich dem Papst zufolge ein bedeutsamer Wandel in den Gemeinden ab: „Die Laien sehen die unabdingbare Notwendigkeit von Priestern als Vorbedingung für ihr authentisches Leben und Apostolat.“ Der *Priestermangel* werde dazu beitragen müssen, die Krise der priesterlichen Identität zu überwinden. Eine „Strategie“ zur Überwindung des Priestermangels soll eine aus Vertretern verschiedener Kurienbehörden bestehende Arbeitsgruppe entwerfen, die der Papst kurz nach der Synodenvollversammlung einsetzte. Auskunft über Existenz und Arbeitsschwerpunkte dieser Kommission gab Erzbischof *Pio Laghi*, Propräfekt der Kongregation für das katholische Bildungswesen, bei der Vorstellung des Gründonnerstagsbriefs (vgl. *Osservatore Romano*, 15.03.91). Zur Förderung des Priesternachwuchses in den vom Priestermangel besonders betroffenen Regionen soll in erster Linie die *Berufungspastoral* in den einzelnen Bistümern intensi-